



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SOA/05/2017  
**Gremium:** Sozialausschuss  
**Tag:** Dienstag, 26.09.2017  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Hinweis:**

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen
5. Bericht aus dem Integrationsrat
6. Leistungen für EU-Bürger  
Bericht Jobcenter Hagen
7. Gewaltschutzleitfaden für die Unterbringung von geflüchteten Menschen in Hagen  
Vorlage: 0809/2017
8. Fortschreibung des kommunalen Altenberichtes aus dem Jahr 2000  
Vorschlag der SPD-Fraktion, **2. Lesung**, Beschlussfassung unter TOP 7.3.1  
Vorlage: 0601/2017
- 8.1. Stellungnahme der Verwaltung -  
Fortschreibung des kommunalen Altenberichtes aus dem Jahr 2000  
Vorschlag der SPD-Fraktion  
Vorlage: 0601-1/2017
9. Vorstellung des Tätigkeitsberichtes der Wohn- und Teilhabegesetz-Behörde (WTG-Behörde)  
Vorlage: 0704/2017



10. Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
Hier: Anfragen zum Thema Unterhaltsvorschuss  
Vorlage: 0831/2017
11. Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen  
Hier: Sozialticket in Hagen  
Vorlage: 0832/2017



## **II. Nichtöffentlicher Teil**

---

1. Mitteilungen
2. Anfrage der Ratsgruppe BfHo/Piraten  
Hier: Nichtgewährung von ALG II-Leistungen  
Vorlage: 0634/2017
3. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Frau Timm-Bergs begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass es keine Änderungswünsche bezüglich der Tagesordnung gibt.

#### **2. Mitteilungen**

Herr Goldbach weist darauf hin, dass ein Informationsschreiben des Städtetages zum Thema UVG als Tischvorlage ausgelegt worden sei (**siehe Anlage zu TOP 2**). Dieses beinhalte die Neuregelung der Landesfinanzierung zum Unterhaltsvorschuss. Er beschreibt die geplanten Änderungen. Diese würden zu einer Verbesserung der kommunalen Haushaltsplanung 2018/2019 in Höhe von 1,4 Millionen Euro führen.

Außerdem hätten die Verwaltung und die Vorsitzende einen Antrag der Wohlfahrtsverbände zur Finanzierung der Seniorenbegegnungsstätten erhalten (**siehe Anlage 2 zu TOP 2**). Er erläutert den Inhalt des Antrages und schlägt vor, diesen Antrag dann wieder vorzulegen, wenn die Haushaltsplanberatungen im Sozialausschuss anstünden. Diese Vereinbarung sei auch im Seniorenbeirat so getroffen worden.

#### **3. Bericht aus dem Seniorenbeirat**

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat.

In Bezug auf den von Herrn Goldbach angesprochenen Antrag auf Finanzierung der Begegnungsstätten der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege bittet er die Mitglieder des Sozialausschusses um Unterstützung, die Begegnungsstätten ausreichend finanziell auszustatten.



#### 4. Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen

Herr Wirth berichtet aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen.

Er berichtet, dass es seit zwei Jahren eine AG Partizipation gebe, in der sich trägerübergreifend Menschen gefunden hätten, die sich mit dem Thema „politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“ schwerpunktmäßig in der Kommunalpolitik beschäftigten. In dem Zusammenhang habe es eine Veranstaltung am 15. September gegeben. Man habe dabei versucht, zwischen Menschen mit leichten und auch schweren Behinderungen Kontakt zu Politikern herzustellen. Dabei sollten mögliche Vorbehalte und Unsicherheiten auf beiden Seiten abgebaut werden. Er habe die Rückmeldung bekommen, dass es eine sehr gelungene Veranstaltung gewesen sei. Aus der Veranstaltung heraus sei die Idee eines politischen Stammtisches geboren worden, der am 09. Oktober stattfinde. Bedauerlich habe er es gefunden, dass es in der Presse keinen Bericht zu dieser Veranstaltung gegeben habe.

Herr Schmidt ergänzt, dass das Hagener Modell woanders als beispielhaft vorgestellt werde. Es sei wichtig, das aufzuwerten und das Vorhaben weiterzuentwickeln.

Frau Timm-Bergs bedankt sich für die gelungene Veranstaltung. Sie werde zukünftig gern an den politischen Stammtischen teilnehmen. Das sei ihr eine Herzensangelegenheit. Sie wünscht weiterhin alles Gute für die Arbeit.

Herr Wirth schlägt vor, dass sich der Sozialausschuss als weiterer Schritt mit den Wünschen und Anregungen der Menschen mit Behinderungen beschäftigt, damit diese nicht ins Leere liefen.

#### 5. Bericht aus dem Integrationsrat

Herr Gül berichtet aus dem Integrationsrat.

#### 6. Leistungen für EU-Bürger Bericht Jobcenter Hagen

##### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Frau Timm-Bergs ganz herzlich Frau Gebhardt vom Jobcenter.

Frau Kaufmann teilt die aktuellen Zahlen des Zuzugs und Wegzugs von EU-Bürgern mit.



Festzustellen sei, dass es auch weiterhin eine hohe Fluktuation in dem Bereich gebe. Man habe pro Quartal rund 500 Menschen, die nach Hagen kämen und auch 500 Menschen, die wieder gingen. Das führe zu dem Problem, dass man bei allen Themen immer wieder von vorn anfangen müsse. Die Verweildauer der Menschen sei unterschiedlich lang.

Man werde auch weiterhin Kontrollen durchführen. Seit 2015 seien 400 Häuser aufgesucht worden und ca. 11.000 Personenkontrollen erfolgt. Die Öffentlichkeit werde regelmäßig darüber informiert. Grundsätzlich erfolge ein koordiniertes und kontrolliertes Verwaltungshandeln. Man nutze alle zur Verfügung stehenden Mittel, um den Schulbesuch der Kinder und Jugendlichen sicherzustellen, soweit das möglich sei.

Man könne davon ausgehen, dass die integrativen Maßnahmen bei einem Teil der Menschen wirkten.

Frau Gebhardt berichtet über die Leistungen für EU-Bürger (**siehe Anlage zu TOP 6**).

Sie beantwortet Fragen von Frau Fischbach und Herrn Quadt.

Frau Sauerwein teilt mit, dass sie mit Interesse gehört habe, dass die Verweildauer der Menschen von ein bis zwei Jahren offensichtlich ansteige. Das bedeute, dass ein Integrationsprozess stattfinde. Sie wolle in dem Zusammenhang darauf hinweisen, dass bei der Räumung von Schrottimmobilien möglichst der Aufenthaltsort der Kinder mitgeteilt werde, damit diese weiter zur Schule gingen.

Herr Ciupka richtet eine Frage an Frau Kaufmann. Sie habe von Wegzug und Zuzug gesprochen. Wie sei das definiert? Handele es sich um eine Abmeldung aus Hagen?

Zu den Zahlen aus dem Vortrag merkt er an, dass er nicht einschätzen könne, ob die genannten Zahlen die aufgewendeten personellen Kapazitäten der Verwaltung widerspiegeln. Aus einem Gespräch mit der zuständigen Dortmunder Dezernentin habe er mitgenommen, dass dort dieses Thema mit vielfältigen Maßnahmen angegangen werde. Erfolge eine Prüfung der Integrationswilligkeit, bevor Maßnahmen angeboten würden? Es stelle sich die Frage, ob die eingesetzten Mittel auch ihren Zweck erfüllten.

Herr Meier berichtet von einem Vortrag einer Grundschullehrerin in seiner Fraktion, die von erschreckenden Zuständen gesprochen habe. Die Lehrer fühlten sich ziemlich allein gelassen mit ihren Problemen mit diesen Kindern. Gebe es die Bereitschaft der Verwaltung, in dem Bereich etwas zu tun?

Weiterhin fragt er, ob eine Organisation von Zuzügen nach Hagen durch bestimmte Gruppen erkennbar sei. Wenn ja, müsste das seines Erachtens auch innerhalb der Kommunalpolitik thematisiert werden. Dann müssten die Probleme in den Ländern im Keim erstickt werden, in denen sie entstünden. Es müsse ein entsprechendes Signal ausgesandt werden.

Frau Gebhardt beantwortet die offenen Fragen.



Frau Kaufmann stellt fest, dass das Thema so umfassend sei, dass man es zukünftig genauer beleuchten wolle. Es gebe in dem Zusammenhang eine Vielzahl von Aspekten. Ihr sei wichtig, dass der Ausschuss Kenntnis davon erhalte, was die Verwaltung in dem Bereich leiste. All das, was getan werde, habe einen präventiven Ansatz. Es sei letztendlich eine bundes- und europapolitische Entscheidung, dass man eine Freizügigkeit habe. In Städten wie Hagen, in denen freier günstiger Wohnraum zur Verfügung stehe, entstünden daher eine Vielzahl von Problemen.

Sie schlage vor, ein Themenfeld aus dem Bereich in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Sondermeyer äußert Kritik an verschiedenen Wortbeiträgen einzelner Vorredner.

Frau Timm-Bergs ermahnt Herrn Sondermeyer eindringlich, auf seine Wortwahl zu achten.

Herr Meyer führt aus, dass niemand die Zuzüge von EU-Bürgern kriminalisieren dürfe. Andererseits stelle man aber auch fest, dass es immer wieder auch zu Leistungsmissbrauch komme. Dieser müsse konsequent verfolgt werden. Die Wahlergebnisse müssten als Aufforderung an die etablierte Politik empfunden werden, in dem Bereich genauer hinzuschauen.

Herr Ciupka bedauert, dass Herr Sondermeyer die Sitzung bereits verlassen hat.

Er möchte von Frau Gebhardt wissen, was von Seiten des Jobcenters getan werde, um noch in das Projekt einzusteigen? Er stimmt Frau Kaufmann zu, dass dieses Thema sehr umfassend sei. Er plädiert dafür, dieses Thema einmal ehrlich zu diskutieren. In vielen Fällen laufe es auf einen Missbrauch der Leistungen hinaus. Das sei ein großes Problem, das sich zukünftig noch eher verschlimmern werde.

Frau Gebhardt antwortet, dass die Regionaldirektion ein Sonderteam „Leistungsmissbrauch EU-Zuwanderung“ gegründet habe. Das sei eine Maßnahme. Strategie sei dabei, in das Projekt aufgenommen zu werden.

Herr Goldbach spricht die personellen Vergleiche mit Dortmund an, auf die Herr Ciupka hingewiesen habe. Das sei im Moment nicht das aktuelle Problem.

Man sei gerade damit beschäftigt, sich so aufzustellen, dass es gelinge, eine saubere Analyse zu machen. Diese beinhalte, festzustellen, wer wie lange in Hagen sei und welcher Integrationsgrad gegeben sei. Ziel sei, festzustellen, ob die beantragten Leistungen berechtigt und Integrationsmaßnahmen erforderlich seien. Wie die Stadt Dortmund habe man verschiedene Fördertöpfe angezapft und sei dabei auch erfolgreich.

Dabei solle das Thema „Wohnen“ in den Fokus rücken. Man müsse versuchen, den Menschen, die in Hagen bleiben wollten, alternative Wohnangebote zu machen, damit sie die Problemimmobilien verlassen könnten.

Das andere wichtige Thema seien die Arbeitsverhältnisse. Diese seien teilweise durch die Vermieter gesteuert.



Aktuell könnte man sofort zwei Stellen für diese Zielgruppe besetzen, was leider nicht gelinge. Der Arbeitsmarkt sei leergefegt.

Er weist abschließend darauf hin, dass sich der Wohnungsmarkt in Dortmund ein Stückweit gewandelt habe und nicht mehr so ohne weiteres mit Hagen vergleichbar sei.

Frau Sauerwein weist darauf hin, dass es neben den städtischen Maßnahmen eine Reihe von Projekten von den Wohlfahrtsverbänden und den ehrenamtlichen Mitarbeitern gebe. Sie habe bereits mit der Vorsitzenden gesprochen, ob man nicht im Sozialausschuss diese Projekte einmal vorstellen wolle. Bei diesem Themenfeld stelle man fest, dass es Opfer und Täter gebe. Es sei in dem Zusammenhang unheimlich schwer, die Hintermänner zu überführen. Das sei das große Problem im Umgang mit der Thematik.

Frau Kaufmann schlägt abschließend vor, im Sozialausschuss drei Themenfelder zu behandeln.

Das eine Themenfeld seien die von Frau Sauerwein angesprochenen Projekte und zusätzlich die integrativen Maßnahmen der Stadt.

Der zweite Bereich sei das Feld der Problemimmobilien. Dazu könne man Frau Overkott und eventuell Herrn Schwemin einladen. Diese könnten ausführen, wie in Hagen in dem Bereich vorgegangen werde.

Der dritte Themenbereich sei das des Schulabsentismus, den man jedoch zunächst im Schulausschuss beraten müsse.

## **7. Gewaltschutzleitfaden für die Unterbringung von geflüchteten Menschen in Hagen** **Vorlage: 0809/2017**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Völker und Frau Schwarze stellen den Gewaltschutzleitfaden für die Unterbringung von geflüchteten Menschen in Hagen vor.

Frau Kaufmann berichtet, dass gerade in Bezug auf sexuelle Gewalt in Flüchtlingsunterkünften immer wieder die Forderung erhoben worden sei, tätig zu werden. Sie sei sehr froh, dass dieser Gewaltschutzleitfaden nunmehr vorliege und jede in diesem Bereich tätige Person mit diesem Thema befasst werde. Da es keine Sammelunterkünfte mehr gebe, seien gewisse Gefahren durch Religion und Kultur schon ausgeschlossen. Die Sensibilität und Fachlichkeit bei den Mitarbeitern sei gegeben.

Herr Quadt fragt, was geflüchtete Menschen tun könnten, wenn die Gewalt nicht von Mitbewohnern sondern von Mitarbeitern ausgehe.



Frau Völker und Frau Schwarze beantworten die Frage. Es gebe auch Schulungen für die geflüchteten Menschen. Sie würden darüber aufgeklärt, was in Deutschland erlaubt und verboten sei und wo sie sich Hilfe holen könnten. Die Aufklärung darüber, was zu tun sei, erfolge auf beiden Seiten. Man versuche von Anfang an, die Menschen schnell zu vernetzen, unter anderem auch mit Beratungsstellen.

Die Frage von Herrn Quadt, ob auch eine gegenseitige Kontrolle unter den Mitarbeitern stattfinde, wird bejaht.

Frau Sauerwein regt an, in einem gewissen Abstand von einem halben oder dreiviertel Jahr erneut über die gemachten Erfahrungen zu berichten.

### **Beschluss:**

Der „Gewaltschutzleitfaden für die Unterbringung von geflüchteten Menschen in Hagen“ wird als handlungsleitende Orientierung beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	5		
SPD	3		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	-		
AfD	-		
Die Linke	-		
BfHo/Piraten Hagen	1		

☒ Einstimmig beschlossen

Dafür: 12  
 Dagegen: 0  
 Enthaltungen: 0



8. **Fortschreibung des kommunalen Altenberichtes aus dem Jahr 2000**  
**Vorschlag der SPD-Fraktion, 2. Lesung, Beschlussfassung unter TOP 7.3.1**  
**Vorlage: 0601/2017**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Engelhardt führt aus, dass der gemachte Vorschlag der Verwaltung ihrer Fraktion sinnvoll erscheine und dem daher so zugestimmt werden könne.

Herr Goldbach merkt an, dass man nach Vorliegen der Datenlage bezüglich der Quartiersbetrachtung noch einmal im Ausschuss die Auswahl der Quartiere ansprechen werde.

**Die Beschlussfassung erfolgt unter TOP 8.1**

- 8.1. **Stellungnahme der Verwaltung -**  
**Fortschreibung des kommunalen Altenberichtes aus dem Jahr 2000**  
**Vorschlag der SPD-Fraktion**  
**Vorlage: 0601-1/2017**

**Beschluss:**

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

☒ Zur Kenntnis genommen

9. **Vorstellung des Tätigkeitsberichtes der Wohn- und Teilhabegesetz-Behörde (WTG-Behörde)**  
**Vorlage: 0704/2017**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Korflür erläutert den Tätigkeitsbericht der Wohn- und Teilhabegesetz-Behörde.

Eine Diskussion zu dem Tagesordnungspunkt findet nicht statt.

**Beschluss:**

Der Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

☒ Zur Kenntnis genommen



10. **Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**  
**Hier: Anfragen zum Thema Unterhaltsvorschuss**  
**Vorlage: 0831/2017**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Timm-Bergs weist darauf hin, dass die Stellungnahme der Verwaltung als Tischvorlage ausliege (**siehe Anlage zu TOP 10**).

Frau Sauerwein stellt fest, dass die Anfrage sehr umfassend beantwortet worden sei. Es sei erfreulich, dass die Kommune finanziell jetzt besser gestellt sei. Unbefriedigend sei die lange Bearbeitungsdauer der Anträge und die Tatsache, dass die Stellen bisher nicht hätten besetzt werden können.

11. **Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen**  
**Hier: Sozialticket in Hagen**  
**Vorlage: 0832/2017**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Sauerwein merkt an, dass auch diese Stellungnahme sehr umfassend sei. Hintergrund der Anfrage sei gewesen, dass das Sozialticket zum 1. Oktober um 6,9 % verteuert worden sei. Die restlichen Tickets würden erst zum 1. Januar mit 1,9 % verteuert. Die Ungleichbehandlung sei in der Stellungnahme damit begründet, dass die Zuschüsse aus Landesmitteln nicht ausreichen. Es sei offensichtlich, wie sehr dieses Ticket gebraucht werde. Gebe es ein Signal der Landesregierung, ob sie bereit sei, die Landesmittel für den Zweck aufzustocken?

Diese Frage kann von der Verwaltung nicht beantwortet werden.

Ende des öffentlichen Teiles: 17:50 Uhr

gez. Ramona Timm-Bergs  
Vorsitzende

gez. Sabine Hogrebe  
Schriftführerin



## Stadt Hagen – Sozialausschuss –

### **ANWESENHEITSLISTE**

zur Sozialausschusssitzung am 26.09.2017

Rathaus an der Volme

Beginn: 16.00 Uhr Ende: 18.05 Uhr

#### **1. Mitglieder des Sozialausschusses:**

Marianne Cramer (CDU-Fraktion)  
Hanne Fischbach (CDU-Fraktion)  
Corinna Niemann (CDU-Fraktion)  
Anja Engelhardt (SPD-Fraktion)  
Dennis Schrötter (SPD-Fraktion) bis 17.35 Uhr  
Jörg Meier (SPD-Fraktion)  
Ramona Timm-Bergs (SPD-Fraktion)  
Oliver Beuth (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)  
Ruth Sauerwein (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)  
Sabine Jochheim (Fraktion Hagen Aktiv)  
Martin Goege (AfD-Fraktion) bis 17.35 Uhr  
Dennis Quadt (Ratsgruppe BfHo/Pir.)

#### **2. Stellv. Mitglieder des Sozialausschusses:**

Stefan Ciupka (CDU-Fraktion)  
Melanie Purps (CDU-Fraktion)  
Ralf Sondermeyer (Fraktion Die Linke) bis 17.10 Uhr

#### **3. Sachkundige Einwohner/Beratende Mitglieder**

Rüdiger Ludwig (AG Sozialhilfe)  
Wolfgang Wegener (Seniorenbeirat)  
Meinhard Wirth (Beirat für Menschen mit Behinderungen)  
Aydogan Gül (Integrationsrat)



#### **4. Stellvertretende beratende Mitglieder**

keine

#### **6. Gäste:**

Frau Gebhardt Jobcenter Hagen

#### **7. Von der Verwaltung:**

**VB 3** Frau Kaufmann

#### **Fachbereich Jugend & Soziales:**

Herr Goldbach 55  
Frau Korflür 55/2  
Frau Schwarze 55/5210  
Frau Völker 55/5215  
Frau Küper 55/7

Schriftführerin: Frau Sabine Hogrebe